

Jahrbuch der  
Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf

*Heinrich Heine*  
HEINRICH HEINE  
UNIVERSITÄT  
DÜSSELDORF

2004

*Heinrich Heine*



**Jahrbuch der  
Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf**

**2004**



**Jahrbuch der  
Heinrich-Heine-Universität  
Düsseldorf  
2004**

**Herausgegeben vom Rektor  
der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf  
Univ.-Prof. Dr. Dr. Alfons Labisch**

**Konzeption und Redaktion:  
em. Univ.-Prof. Dr. Hans Süßmuth**

© Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2005  
Einbandgestaltung: Wiedemeier & Martin, Düsseldorf  
Titelbild: Schloss Mickeln, Tagungszentrum der Universität  
Redaktionsassistentz: Georg Stüttgen  
Beratung: Friedrich-K. Unterweg  
Satz: Friedhelm Sowa, L<sup>A</sup>T<sub>E</sub>X  
Herstellung: WAZ-Druck GmbH & Co. KG, Duisburg  
Gesetzt aus der Adobe Times  
ISBN 3-9808514-3-5

## Inhalt

<b>Vorwort des Rektors</b> .....	11
<b>Gedenken</b> .....	15
<b>Rektorat</b> .....	17
ALFONS LABISCH (Rektor) Autonomie der Universität – Ein Leitbild für die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf .....	19
VITTORIA BORSÒ Internationalisierung als Aufgabe der Universität .....	33
RAIMUND SCHIRMEISTER und LILIA MONIKA HIRSCH Wissenschaftliche Weiterbildung – Chance zur Kooperation mit der Wirtschaft? .....	51
<b>Medizinische Fakultät</b>	
<i>Dekanat</i> .....	65
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i> .....	67
WOLFGANG H.M. RAAB (Dekan) Die Medizinische Fakultät – Entwicklung der Lehre .....	77
THOMAS RUZICKA und CORNELIA HÖNER Das Biologisch-Medizinische Forschungszentrum .....	81
DIETER HÄUSSINGER Der Forschungsschwerpunkt Hepatologie .....	87
IRMGARD FÖRSTER, ERNST GLEICHMANN, CHARLOTTE ESSER und JEAN KRUTMANN Pathogenese und Prävention von umweltbedingten Erkrankungen des Immunsystems .....	101
MARKUS MÜSCHEN Illusionäre Botschaften in der malignen Entartung humaner B-Lymphozyten .....	115

**Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät**

<i>Dekanat</i> .....	127
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i> .....	129
PETER WESTHOFF (Dekan)	
Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät – Was hat das Jahr 2004 gebracht? .....	141
DIETER WILLBOLD	
Die Rolle des Forschungszentrums Jülich für die Mathematisch-Naturwissenschaftliche und die Medizinische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf .....	147
DAGMAR BRUSS	
Verschränkt oder separabel? Moderne Methoden der Quanteninformationstheorie .....	155
STEPHANIE LÄER	
Arzneimitteltherapie bei Kindern – Eine Herausforderung besonderer Art für Forschung und Praxis .....	167
HILDEGARD HAMMER	
„Vor dem Abitur zur Universität“ – Studium für Schülerinnen und Schüler an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf .....	183

**Philosophische Fakultät**

<i>Dekanat</i> .....	195
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i> .....	197
BERND WITTE (Dekan)	
Zur Lage von Forschung und Lehre an der Philosophischen Fakultät .....	203
WOLFGANG SCHWENTKER	
Geschichte schreiben mit Blick auf Max Weber: Wolfgang J. Mommsen .....	209
DETLEF BRANDES	
„Besinnungsloser Taumel und maßlose Einschüchterung“. Die Sudetendeutschen im Jahre 1938 .....	221
ANDREA VON HÜLSEN-ESCH, HANS KÖRNER und JÜRGEN WIENER	
Kunstgeschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf – Innovationen und Kooperationen .....	241
GERHARD SCHURZ	
Der Mensch – Ein Vernunftwesen? Kognition und Rationalität aus evolutionstheoretischer Sicht .....	249



RALPH WEISS	
Medien – Im blinden Fleck öffentlicher Beobachtung und Kritik? .....	265
REINHOLD GÖRLING	
Medienkulturwissenschaft –	
Zur Aktualität eines interdisziplinären Faches .....	279
BERND WITTE	
Deutsch-jüdische Literatur und literarische Moderne.	
Prolegomena zu einer deutsch-jüdischen Literaturgeschichte .....	293
<b>Gastbeitrag</b>	
WOLFGANG FRÜHWALD	
Das Geschenk, „nichts erklären zu müssen“.	
Zur Neugründung eines Instituts für Jüdische Studien .....	307
<b>Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät</b>	
<i>Dekanat</i> .....	321
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i> .....	323
HEINZ-DIETER SMEETS und H. JÖRG THIEME (Dekan)	
Der Stabilitäts- und Wachstumspakt –	
Lästiges Übel oder notwendige Schranke? .....	325
GUIDO FÖRSTER	
Verlustverrechnung im Beteiligungskonzern .....	341
ALBRECHT F. MICHLER	
Die Effizienz der Fiskalpolitik in den Industrieländern .....	363
GERD RAINER WAGNER, RÜDIGER HAHN und THOMAS NOWAK	
Das „Montréal-Projekt“ – Wirtschaftswissenschaftliche	
Kompetenz im internationalen Studienwettbewerb .....	381
<b>Juristische Fakultät</b>	
<i>Dekanat</i> .....	393
<i>Neu berufene Professorinnen und Professoren</i> .....	395
HORST SCHLEHOFER (Dekan)	
Zehn Jahre Juristische Fakultät – Rückblick und Ausblick .....	397
ULRICH NOACK	
Publizität von Unternehmensdaten durch neue Medien .....	405
DIRK LOOSCHELDERS	
Grenzüberschreitende Kindesentführungen im Spannungsfeld	
von Völkerrecht, Europäischem Gemeinschaftsrecht und	
nationalem Verfassungsrecht .....	423

RALPH ALEXANDER LORZ Die unmittelbare Anwendbarkeit des Kindeswohlvorzugs nach Art. 3 Abs. 1 der UN-Kinderrechtskonvention im nationalen Recht .....	437
<b>Gesellschaft von Freunden und Förderern der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf e.V.</b>	
OTHMAR KALTHOFF Jahresbericht 2004 .....	459
<b>Forschergruppen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf</b>	
SEBASTIAN LÖBNER Funktionalbegriffe und Frames – Interdisziplinäre Grundlagenforschung zu Sprache, Kognition und Wissenschaft .....	463
HANS WERNER MÜLLER, FRANK BOSSE, PATRICK KÜRY, KERSTIN HASENPUSCH-THEIL, NICOLE KLAPKA UND SUSANNE GRESCHAT Die Forschergruppe „Molekulare Neurobiologie“ .....	479
ALFONS SCHNITZLER, LARS TIMMERMANN, BETTINA POLLOK, MARKUS PLONER, MARKUS BUTZ und JOACHIM GROSS Oszillatorische Kommunikation im menschlichen Gehirn .....	495
MARKUS UHRBERG Natürliche Killerzellen und die Regulation der KIR-Rezeptoren .....	509
<b>Institute an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf – Das Deutsche Diabetes-Zentrum</b>	
GUIDO GIANI, DIRK MÜLLER-WIELAND und WERNER A. SCHERBAUM Das Deutsche Diabetes-Zentrum – Forschung und Klinik unter einem Dach .....	521
WERNER A. SCHERBAUM, CHRISTIAN HERDER und STEPHAN MARTIN Interaktion von Inflammation, Lifestyle und Diabetes: Forschung an der Deutschen Diabetes-Klinik .....	525
DIRK MÜLLER-WIELAND und JÖRG KOTZKA Typ-2-Diabetes und Metabolisches Syndrom als Folgen einer „entgleisten“ Genregulation: Forschung am Institut für Klinische Biochemie und Pathobiochemie .....	533
GUIDO GIANI, HELMUT FINNER, WOLFGANG RATHMANN und JOACHIM ROSENBAUER Epidemiologie und Public Health des Diabetes mellitus in Deutschland: Forschung am Institut für Biometrie und Epidemiologie des Deutschen Diabetes-Zentrums .....	537

**Universitätsverwaltung**

JAN GERKEN und HERMANN THOLE Moderne Universitätsplanung .....	547
---	-----

**Zentrale Einrichtungen der  
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf**

JAN VON KNOP und DETLEF LANNERT Gefahren für die IT-Sicherheit und Maßnahmen zu ihrer Abwehr .....	567
--	-----

MICHAEL WETTERN und JAN VON KNOP Datenschutz im Hochschulbereich .....	575
---	-----

IRMGARD SIEBERT und KLAUS PEERENBOOM Ein Projekt zur Optimierung der Selbstausleihe. Zur Kooperation der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf mit der 3M Deutschland GmbH .....	591
---	-----

SILVIA BOOCHS, MARCUS VAILLANT und MAX PLASSMANN Neue Postkartenserie der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf ...	601
--	-----

**Geschichte der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf**

MAX PLASSMANN Autonomie und ministerielle Steuerung beim Aufbau der neuen Fakultäten der Universität Düsseldorf nach 1965 .....	629
---	-----

**Chronik der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf**

ROLF WILLHARDT Jahreschronik 2004 .....	643
--	-----

<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	657
-------------------------------------	-----



## DETLEF BRANDES

### „Besinnungsloser Taumel und maßlose Einschüchterung“. Die Sudetendeutschen im Jahre 1938

Weniger die deutsche Besatzungspolitik im so genannten „Protektorat Böhmen und Mähren“ als vielmehr die Erfahrung von „München“, das heißt der „Sudetenkrise“ und des Münchener Abkommens vom 29. September 1938, standen hinter dem Bestreben der tschechischen politischen Elite wie auch eines großen Teils der tschechischen Bevölkerung, die Sudetendeutschen zu vertreiben bzw. zwangsweise auszusiedeln. Diese These habe ich in einer Monografie<sup>1</sup> und einer Reihe von Aufsätzen vertreten. Mein Hauptargument war, dass Staatspräsident Edvard Beneš seine Konzeption zur „Lösung“ der sudetendeutschen Frage, den geheimen so genannten „fünften Plan“, den verbündeten Franzosen am 17. September 1938 vorlegte – zwei Tage, nachdem die Führung der Sudetendeutschen Partei (SdP) die Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung und dem Staatspräsidenten über ein Autonomiestatut abgebrochen und ihr „Führer“ Konrad Henlein erklärt hatte: „Wir wollen heim ins Reich!“, zwei Tage auch, nachdem Hitler dem britischen Premierminister Neville Chamberlain seine ultimative Forderung nach dem Anschluss der überwiegend von Deutschen besiedelten Grenzgebiete der Tschechoslowakei an das „Großdeutsche Reich“ vorgelegt hatte. Schon dieser „fünfte Plan“ sah die Abtretung mehrerer Grenzgebiete mit etwa 800.000 bis 900.000 Deutschen an das Reich vor, allerdings unter der Voraussetzung, dass Deutschland zusätzlich rund eine Million Sudetendeutscher aufnehme. Die übrigen eine bis 1,2 Millionen Deutschen könnten in der Tschechoslowakei bleiben, zumal die Hälfte von ihnen Demokraten, Sozialisten und Juden seien, die nicht dem NS-Regime ausgeliefert werden dürften.<sup>2</sup>

Ausgehend von dieser Beobachtung und These habe ich mich der Vorgeschichte des Münchener Abkommens zugewandt, besonders aber dem halben Jahr zwischen dem Anschluss Österreichs und der Annexion der „Sudetengebiete“. Über die „Sudetenfrage“ als Problem der internationalen Politik seit 1935 ist vielfach und ausführlich geschrieben worden. In dieser Literatur taucht aber die Entwicklung innerhalb der Dörfer und Städte im „Grenzgebiet“ (tschechisch: *pohraničí*) der böhmischen Länder nur dann auf, wenn die Großmächte auf Ereignisse in diesen damals so genannten „Sudetengebieten“ reagierten. Auch die Diskussion über „Gemäßigte“ und „Radikale“ innerhalb der SdP oder über deren Forderungen sowie die Reaktion der tschechoslowakischen Regierung wird in der Literatur fast ohne Bezug auf die Resonanz unter der sudetendeutschen Bevölkerung geführt. In meinem Beitrag werde ich mich deshalb nach einem Abriss der Beziehungen zwischen den Tschechen und Deutschen bis zum Anschluss Österreichs mit der Stimmung, dem Verhalten und dem politischen Alltag der Deutschen der böhmischen Länder nach dem Anschluss beschäftigen. Auf die gut erforschte internationale Politik werde ich nur so weit eingehen, wie mir dies als unbedingt nötig erscheint.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Brandes (<sup>2</sup>2005).

<sup>2</sup> Vgl. Brandes (<sup>2</sup>2005: 14f.).

<sup>3</sup> Ich arbeite zurzeit an einer Monographie zu diesem Thema und stelle in meinem Beitrag einige Ergebnisse auf der Basis der Dokumente vor, die ich im Jahr 2004 im Prager Nationalarchiv eingesehen habe. Es handelt

## Traditionelle und neue Konflikte zwischen Deutschen und Tschechen

Der Grundkonflikt zwischen Tschechen und Deutschen betraf seit der Revolution von 1848 die staatsrechtliche Gestaltung der böhmischen Länder. Unter Bezug auf die historischen Rechte der Wenzelskrone forderten die tschechischen Politiker die Zusammenführung der Länder Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zu einer Einheit innerhalb der Habsburgermonarchie und seit 1867 die Umwandlung des dualistischen Österreich-Ungarn in eine tripartistische Staatskonstruktion. Ziel der deutschböhmischen Politiker war 1848 die Einbeziehung der böhmischen Länder in das Deutsche Reich und nach dem Scheitern der großdeutschen Hoffnungen die Untergliederung der historischen Länder in ethnationally abgegrenzte Kreise. Trotz mehrerer Anläufe zu einem Kompromiss scheiterte der erhoffte Ausgleich an gegenseitiger Blockade.

In die Tschechoslowakische Republik wurden die Deutschböhmern, Deutschmährern oder Deutschschlesier, die sich zunehmend als „Sudetendeutsche“ verstanden, durch die Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz und gegen ihren Willen gezwungen. Die Minderheitenpolitik der Tschechoslowakei war, vergleicht man sie mit jener Polens, Rumaniens, Jugoslawiens oder gar Italiens, liberal. Die Deutschen behielten vor allem ihr entwickeltes nationales Bildungssystem von den Elementarschulen bis zu den Hochschulen in Prag und Brünn. Sie hatten aber auch Grund zu Klagen. Widerstand weckte schon die Bezeichnung des Staates als „tschechoslowakischer Nationalstaat“ und der Deutschen als „nationale Minderheit“. Sie hatten das Gefühl, dass der Aufstieg der Tschechen unaufhaltsam sei und sie immer weiter ins Hintertreffen gerieten. In Nordböhmen hatte sich z. B. die Zahl der Tschechen von 1880 bis 1921 aufgrund der Arbeitswanderung auf fast 74.000 Personen versechsfacht.<sup>4</sup> In diesem Jahr einer Volkszählung stellten die Tschechen 67,5 Prozent und die Deutschen 30,6 Prozent der Bevölkerung der böhmischen Länder. Der altösterreichische Kampf zwischen den beiden Nationalitäten um Schule und Amtssprache wurde auch in der Tschechoslowakei fortgesetzt. Besonders die tschechischen „Grenzler“ (*hraničáři*)-Verbände drängten die Staatsorgane, die Mehrheitsverhältnisse im Grenzgebiet zugunsten der Tschechen zu verschieben. Auf diesem Gebiet machte die tschechische Seite tatsächlich mit staatlicher Hilfe große Fortschritte. Zwar kann man kaum von einer Unterdrückung der Deutschen der böhmischen Länder sprechen, doch war der Staat – im Gegensatz zum alten Österreich – offen parteiisch. Er besetzte die Posten bei der Eisenbahn, der Post, der Gendarmerie, der Staatspolizei und den Finanzbehörden fast nur mit Tschechen. Im Gegenzug stellten die Verwaltungen mehrheitlich deutscher Gemeinden so gut wie ausschließlich Deutsche ein.<sup>5</sup> Im Ergebnis verloren die Deutschen zwischen 1919 und 1936 zwischen 40.000 und 60.000 Stellen des öffentlichen Dienstes. In den böhmischen Ländern lag ihr Anteil im Gerichtswesen und in der öffentlichen Verwaltung weit, nur im Bereich Unterricht und Erziehung knapp unter ihrem Anteil an der Bevölkerung. In den 1930er Jahren vergrößerte sich das Ungleichgewicht weiter.<sup>6</sup> Allein in den Jahren 1919 und 1920 wurden in den böhmischen Ländern insgesamt 475 neue tschechische,

---

sich vor allem um Berichte lokaler Ämter, besonders der Staatspolizei, an die Landesbehörden in Prag und Brünn und an das Innenministerium sowie um Materialien aus dem Archiv der Sudetendeutschen Partei. Um die Fußnoten nicht allzu umfangreich werden zu lassen, beschränke ich mich hier meist auf ein oder zwei Belege für meine Aussagen.

<sup>4</sup> Vgl. Pavlíček (2003: 181).

<sup>5</sup> Vgl. Pavlíček (2003: 184).

<sup>6</sup> Vgl. Kučera (1999: 280-286).

aber nur vier deutsche „Minderheitenschulen“ gegründet. In vielen Fällen war der Bedarf an solchen Schulen erst durch die Versetzung von Staatsbeamten einschließlich der Lehrer entstanden.

Die Verfassung von 1920 hatte die Bildung von Gauen (*župy*) und Gauverbänden (*župný svazy*) vorgesehen, wodurch die Deutschen zwei Gaue erhalten hätten. Der Entwurf für die Abgrenzung der Bezirke und Gaue aus dem Jahre 1924 strebte dagegen schon solche Grenzen zwischen diesen territorialen Einheiten an, die jeweils eine tschechische Mehrheit gesichert hätten.<sup>7</sup> Die Verwaltungsreform von 1927 bedeutete einen Schritt zurück: Sie hob die Gaue auf, unterstellte die Verwaltung der politischen Bezirke (*politické okresy*) der strengen Kontrolle der Zentralregierung und führte machtlose Landesvertretungen (*zemská zastupitelstva*) für Böhmen, Mähren/Schlesien, die Slowakei und Karpatenrußland ein. Die Reform erweckte nur den Anschein einer Dezentralisierung, während in Wirklichkeit die Zentralisierung weiter fortschritt. Zweck dieser Reform war in erster Linie die Verhinderung der immer noch nicht eingeführten beiden deutschen Gaue.<sup>8</sup> Der Entwurf einer Durchführungsverordnung von 1920 zum Sprachengesetz hatte die Möglichkeit vorgesehen, dass in Gemeinden, in denen eine nationale Minderheit die absolute Mehrheit stellte, unter bestimmten Umständen nur in deren Sprache amtiert werden konnte. Schon die Version von 1922 enthielt diesen Passus nicht mehr, und die 1926 erlassene Verordnung fixierte den Vorrang der Staatssprache in diesem Bereich der Selbstverwaltung.<sup>9</sup> Die Deutschen konnten kaum an der Lenkung des Staates mitwirken, sondern hatten nur die Möglichkeit, die Politik der tschechischen Mehrheit gutzuheißen, schreibt Jaroslav Kučera.<sup>10</sup>

Die Weltwirtschaftskrise traf die sudetendeutschen Gebiete wesentlich härter als die tschechischen. Unter Sudetendeutschen gab es rund zweieinhalb Mal so viele Arbeitslose wie unter Tschechen, da die exportabhängige Leichtindustrie der deutschen Randgebiete von der Krise stärker geschädigt wurde als die Schwer- und Nahrungsmittelindustrie im tschechischen Landesinnern,<sup>11</sup> doch litten auch die auf den Export z. B. von Zucker, Malz und Hopfen orientierten Industrien in mehrheitlich tschechisch besiedelten Gebieten. Die Textil-, Glas- und Porzellanindustrie war besonders in den nordböhmisches Randgebieten zu Hause. Sie hatte einen großen Teil ihrer Absatzmärkte allerdings schon verloren, als die Monarchie in Nationalstaaten aufgeteilt worden war, die konkurrierende Betriebe aufbauten. Von den 846.000 Arbeitslosen der ČSR im Jahre 1936 waren 535.000 Deutsche.<sup>12</sup> Im Juli 1936 entfielen im deutschen Gebiet 77 und im tschechischen Gebiet 28 Arbeitslose auf 1.000 Einwohner. Die zwölf Bezirke mit der größten Arbeitslosigkeit waren 1936 bis auf einen deutschsprachig, die zwölf Bezirke mit der geringsten Arbeitslosenquote tschechischsprachig. Zwar sank die Arbeitslosigkeit zwischen Januar und Juli 1936 in den böhmischen Ländern im Durchschnitt um 41 Prozent, doch vollzog sich der Rückgang in den deutschen Industriebezirken langsamer als in den übrigen Gebieten.<sup>13</sup> 1937 befand

---

<sup>7</sup> Vgl. Kučera (1993: 136).

<sup>8</sup> Vgl. Beneš (2003: 10).

<sup>9</sup> Vgl. Kučera (1993: 136).

<sup>10</sup> Vgl. Kučera (1993: 130).

<sup>11</sup> Vgl. Kural (1993: 104f.).

<sup>12</sup> Vgl. Doležel (1977: 260f.).

<sup>13</sup> Vgl. Zentralgewerkschaftskommission des DGB in der Tschechoslowakei an Beneš vom 19. August 1938. AKPR (= Archiv Kanceláře Prezidenta Republiky [Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik]), D 13444/38/E.

sich unter den zwölf Bezirken mit der größten Arbeitslosigkeit kein tschechischer, unter den zwölf Bezirken mit der geringsten Arbeitslosigkeit kein deutscher Bezirk.<sup>14</sup> Nach einer vorübergehenden Erholung geriet die Textilindustrie Ende 1937/Anfang 1938 in eine neue – weltweite – Krise.

Noch im Jahre 1929 hatten die „aktivistischen“ deutschen Parteien – diesen Beinamen hatten die zur Mitarbeit auf der Grundlage der Tschechoslowakischen Republik bereiten Parteien erhalten – 51 der deutschen 66 Mandate im Abgeordnetenhaus errungen. Mit den Wahlen im Mai 1935 verschoben sich die Gewichte radikal. Die deutschen Wähler waren seitdem im Abgeordnetenhaus mit 44 Mandaten der SdP, elf der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP), sechs der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei (DCSVP) und fünf des Bundes der Landwirte (BdL) sowie durch drei Abgeordnete der übernationalen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) vertreten, die insgesamt 30 Sitze einnehmen konnte.<sup>15</sup> Nach dieser Niederlage gelang es Wenzel Jaksch, dem stellvertretenden Vorsitzenden der DSAP, Hans Schütz von der DCSVP und Gustav Hacker vom BdL für den „jungaktivistischen“ Versuch zu gewinnen, der SdP die Wähler mit einem nationaleren Kurs wieder abzugeben.

An der Spitze des Staates stand seit Dezember 1935 Präsident Edvard Beneš, die Regierung führte seit November 1935 mit Milan Hodža ein slowakischer Agrarpartei. Die drei deutschen aktivistischen Parteien waren mit Ludwig Czech (DSAP), Erwin Zajiček (DCSVP) und Franz Spina (BdL) in der Regierung vertreten, von denen allerdings nur Czech ein Ministerium, nämlich das Gesundheitsministerium, leitete. Ministerpräsident Hodža war nach dem Erdrutschsieg der SdP zu einem Neuanfang in der Nationalitätenpolitik bereit. Er schlug den Ministern der aktivistischen Parteien am 20. November 1936 vor, ihm ein gemeinsames nationales Aktionsprogramm vorzulegen, das dann in der Regierung besprochen und umgesetzt werden sollte.<sup>16</sup> Die deutschen Regierungsparteien einigten sich auf einen Forderungskatalog, den sie dem Ministerpräsidenten am 27. Januar 1937 vorlegten.<sup>17</sup> Um die Stellung der Aktivisten gegenüber der SdP zu stärken, akzeptierte die Regierung am 18. Februar 1937 einen Teil dieser Forderungen, nämlich die verstärkte Vergabe staatlicher Aufträge an Betriebe im Grenzgebiet, um die dort besonders hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, den „Grundsatz“ der proportionalen Vertretung der Nationalitäten im öffentlichen Dienst, erhöhte Beihilfen für den Kinder- und Jugendschutz und für deutsche kulturelle Einrichtungen sowie den zweisprachigen Verkehr der Bezirks- und Finanzämter mit kleineren Gemeinden. Auch dies galt allerdings nur mit Einschränkungen, denn wenn eine Gemeinde mehr als 3.000 Einwohner oder 20 Prozent Tschechen zählte, war nur die Staatssprache zu benutzen.<sup>18</sup> Einerseits berichteten einige deutsche Bürgermeister und vor allem sozialdemokratische Funktionäre in der Presse über Erfolge dieses „Feber-Abkommens“, besonders in Bezug auf die Einstellung Deutscher in den öffentlichen Dienst und die Vergabe von Staatsaufträgen an deutsche Unternehmen. Andererseits beschwerten sich die „Zentralstelle der aktivistischen Parteien“ und ihre Landes-

<sup>14</sup> Vgl. SdP: Politischer Monatsbericht für Februar 1938. NA, SdP (= Národní archiv [Nationalarchiv], Fond Sudetendeutsche Partei), dodatkový inventář, krabice [ergänzendes Inventar, Schachtel] 30.

<sup>15</sup> Vgl. Moulis (2003: 156).

<sup>16</sup> Vgl. Kučera (1999: 142).

<sup>17</sup> Memorandum vom 27. Januar 1937. AÚTGM, EB (= Archiv Ústavu T.G. Masaryka, fond Edvard Beneš [Archiv des T.G. Masaryk-Instituts, Bestand Edvard Beneš]) 250.

<sup>18</sup> Vgl. Kučera (1999: 148f.)



und Bezirksstellen, dass die Beschlüsse von den Bezirksbehörden sowie von staatlichen Firmen wie z. B. den Tabakfabriken sabotiert würden, die immer noch tschechische Beamte und Arbeiter bevorzugten.<sup>19</sup> Für ein Gespräch mit dem „Jungaktivisten“ Wenzel Jaksch bereitete die Kanzlei des Präsidenten eine „Übersicht über die Neuaufnahmen in den Staatsdienst für die Zeit vom 18.2. bis 31.7.1937“ vor. Aus dieser Liste ergibt sich eindeutig, dass selbst die Neuaufnahmen noch weit unter dem Anteil der Deutschen an der Bevölkerung lagen: Von insgesamt 6.683 neuen Staatsangestellten waren nur 667 oder 9,9 Prozent Deutsche.<sup>20</sup> Aus einer Aufstellung des Verteidigungsministeriums für den Präsidenten sollte hervorgehen, dass deutsche Firmen seit dem 1. Januar 1937 Aufträge für über 35 Mio. Kč (Tschechische Kronen), d. h. 31 Prozent aller Aufträge erhalten hätten. Allerdings enthält diese Liste deutscher Unternehmen zahlreiche Einträge von Firmen in Prag, Bratislava und Mährisch-Ostrau, die wohl nur zu einem geringen Teil Deutsche beschäftigten.<sup>21</sup> Beneš beauftragte drei Spitzenbeamte zu prüfen, was seit dem 18. Februar für die deutsche Minderheit geschehen sei. Sie kamen am 22. November 1937 zu dem Ergebnis, dass nur „wenige Dinge zu finden sind, die als Beweis einer besonderen Sorge um die deutsche Minderheit dienen könnten“.<sup>22</sup>

Jaksch stellte in einem Memorandum für Beneš vom Frühsommer 1937 fest, dass die sudetendeutsche Jugend noch zu 80 Prozent hinter Henlein stehe, und zwar unter dem Eindruck „des gewaltigen Macht-Experiments des Dritten Reiches“, der Gerüchte über die Aufstellung einer „Sudetendeutschen Legion“ im Deutschen Reich und auch aufgrund der Möglichkeit, in Deutschland zu arbeiten.<sup>23</sup> In einem weiteren Memorandum für Beneš schrieb Jaksch:

Je weiter der tschechische Durchdringungsprozess in den deutschen Gebieten erfolgreich fortschreitet, desto mehr bemächtigt sich der deutschen Bevölkerung eine nationale Gereiztheit, durch welche auch kleinere Vorgänge überdimensioniert auf die politische Meinungsbildung einwirken. [...] Eine erfolgreiche Tschechisierungspolitik und ein lebensfähiger deutscher Aktivismus können nicht nebeneinander bestehen. [...] Ohne europäische Gegenkonzeption wird das Auslandsdeutschtum auf die Dauer der Anziehungskraft der alldeutschen Mitteleuropa-Pläne nicht standhalten können.<sup>24</sup>

Gegenüber einem Mitarbeiter der Präsidentenkanzlei zeigte sich der christlich-soziale „Jungaktivist“ Schütz Ende August 1937 fatalistisch. Weder die anziehende Konjunktur mit der Verringerung der Arbeitslosigkeit noch einzelne Erfolge des „Feber-Abkommens“ könnten die Position der SdP erschüttern, wenn nicht „die dynamischen Mächte“ ihr „Marne“<sup>25</sup> erlebten. Sogar im bäuerlichen Südmähren befänden sich die Christlich-Sozialen auf dem Rückzug.<sup>26</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Kracik (1999: 336-364).

<sup>20</sup> Vgl. Information KPR (= Kancelář Prezidenta Republiky [Kanzlei des Präsidenten der Republik]) (Sobota) für Beneš [nach dem 31. August 1937]. AÚTGM, EB I, R 130/3.

<sup>21</sup> Vgl. Information KPR (Sobota) für Beneš [1937]. AÚTGM, EB 250.

<sup>22</sup> Information KPR (Sobota) f. Beneš [nach 22. November 1937]. AÚTGM, EB 250.

<sup>23</sup> Vgl. Memorandum Jaksch „Zur Lage im sudetendeutschen Gebiet“ [nach April 1937]. AÚTGM, EB I, R 130/3.

<sup>24</sup> Jaksch an Beneš von 17. September 1937. AÚTGM, EB I R 133/3.

<sup>25</sup> In der Schlacht an der Marne brachten die Franzosen im September 1914 den deutschen Vormarsch zum Stehen.

<sup>26</sup> Vgl. Vermerk Sobota über Besprechung mit Hans Schütz am 28. August 1938. AKPR, sign. D 13444/38/E.

Die SdP erklärte die Zugeständnisse an die Aktivisten als bei weitem nicht ausreichend und forderte am 28. Februar 1937 territoriale Autonomie, Anerkennung der „sudetendeutschen Volkspersönlichkeit“, „völkische Selbstverwaltung“, „Schutz unserer Heimat und unbedingte Sicherung der Volkstumsgrenze“ sowie „Wiedergutmachung des uns seit 1918 zugefügten Unrechts“. Im April brachte sie so genannte „Volksschutzgesetze“ ein, in denen es um staatlich garantierten Schutz vor Entnationalisierung und die Einrichtung autonomer nationaler Körperschaften ging; diese sollten alle in ein nationales Kataster eingetragenen Personen repräsentieren und an ihrer Spitze sollte ein „Sprecher“ stehen.<sup>27</sup> Mit diesen „in aller Hast“ ausgearbeiteten Gesetzentwürfen wollte die SdP „den Eindruck des 18. Februar abschwächen“.<sup>28</sup> Unter Bezug auf „die bekannten Vorfälle in Teplitz-Schönau“ – nach einer SdP-Versammlung war es zu einer Rangelei zwischen SdP-Anhängern und der Polizei gekommen, bei der ein Polizist den stellvertretenden SdP-Vorsitzenden Karl Hermann Frank mit dem Gummiknüppel geschlagen hatte – bot Henlein am 19. November 1937 Hitler in einem geheimen Schreiben die SdP als Fünfte Kolonne an: Die SdP sei zur Erkenntnis gekommen, dass „eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen in der Tschechoslowakei praktisch unmöglich“ sei und die Lösung nur vom Reich herbeigeführt werden könne. Deshalb wolle die SdP-Führung „ihre künftige politische Haltung in Einklang bringen mit der Politik des Reiches und seiner Faktoren“. Und weiter schrieb Henlein:

Das Sudetendeutschtum ist heute nationalsozialistisch ausgerichtet und in einer umfassenden einheitlichen, führungsmäßig aufgebauten, nationalsozialistischen Partei organisiert. [...] Die SdP muss ihr Bekenntnis zum Nationalsozialismus als Weltanschauung als politisches Prinzip tarnen

und sich „demokratischer Terminologie und demokratisch-parlamentarischer Methoden bedienen“. Die Partei „erseht innerlich nichts mehr als die Einverleibung des sudetendeutschen Gebietes, ja des ganzen böhmisch-mährisch-schlesischen Raumes in das Reich“, müsse aber nach außen für die Erhaltung der Tschechoslowakei und „ein real erscheinendes innerpolitisches Ziel“ eintreten.<sup>29</sup>

## Die Sudetendeutschen unter dem Eindruck des Anschlusses von Österreich an das Deutsche Reich

Nicht nur die Führung der SdP, sondern auch die Masse der Sudetendeutschen war überzeugt, dass auf den Anschluss Österreichs am 12. März 1938 auch der Anschluss der Sudetengebiete folgen werde – und zwar in naher Zukunft. Die Begeisterung für die Einheit der deutschen Nation ergriff auch früher staatsloyale Deutsche. Schon am Tag des deutschen Einmarsches in Österreich grüßten sich SdP-Mitglieder mit „Heil Hitler“.<sup>30</sup> Die Behörden entschlossen sich, zumindest im Bezirk Landskron diesen Gruß nur dann zu bestrafen, wenn er als „offensichtliche Provokation“ eingesetzt wurde, also z. B. ge-

<sup>27</sup> Vgl. Kracik (1999: 336-364).

<sup>28</sup> Eisenlohr an das Auswärtige Amt vom 4. Februar 1938. ADAP D 2 (= Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik. Serie D, Band 2. Baden-Baden 1950), Nr. 53.

<sup>29</sup> Henlein an Hitler vom 19. November 1937. ADAP D 2, Nr. 23.

<sup>30</sup> Vgl. Polizeidirektion Reichenberg an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 18. März 1938. NA, 207 (Präsidium Zemského úřadu [Präsidium der Landesbehörde])-795-9, 74-76.

genüber Tschechen.<sup>31</sup> Provokationen waren jedoch an der Tagesordnung: So sang in St. Joachimstal eine 2.000-köpfige Menge das Horst-Wessel-Lied<sup>32</sup>, das mit folgenden Zeilen endet: „Bald flattern Hitlerfahnen über Barrikaden. Die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit.“ Die Mehrheit der SdP-Anhänger wolle keine Verhandlungen mit der Regierung über Minderheitenfragen, sondern rechne mit der Erfüllung ihres Wunsches nach Anschluss. Die Parteimitglieder debattierten nur noch darüber, wo die Grenze zwischen Deutschland und der ČSR zu ziehen sei, heißt es in einem Polizeibericht aus Marienbad von Ende März.<sup>33</sup>

Am 22. März distanzierte sich der „Jungaktivist“ Gustav Hacker (BdL) vom Aktivismus und verfügte den Austritt seiner Partei aus der Regierung und ihren geschlossenen Beitritt zur SdP. Zwei Tage darauf folgten die Christlich-Sozialen diesem Schritt. Manche Ortsvereine des BdL und der DCSVP zeigten sich allerdings überrascht und unzufrieden über die Selbstaufgabe ihrer Parteiführungen.<sup>34</sup> Wie die Parteien, liefen auch die ihnen nahe stehenden Verbände zur SdP und ihren Gliederungen über. Nach der Selbstgleichschaltung der bürgerlichen Parteien stellten ihre Zeitungen das Erscheinen ein, und es erhöhte sich der Druck auf die unpolitische und parteiunabhängige Presse, in das Fahrwasser der SdP einzuschwenken.<sup>35</sup> Am 24. März gab die SdP eine „Rednerweisung“ heraus, in der es hieß, durch die „Eingliederung der beiden letzten nichtmarxistischen Parteien“ sei die „politische Einheit des Sudetendeutschums restlos hergestellt“. Die deutschen Sozialdemokraten hätten sich durch ihre ablehnende Haltung „endgültig aus der deutschen Volksgruppe dieses Staates ausgegliedert und können als deutsche Partei nicht mehr angesprochen werden“.<sup>36</sup> Im Mai beschlossen auch die Vertreter aller deutschnationalen Verbände, sich zu einem „Deutschen Heimatbund“ unter dem Szepter der SdP zusammenzuschließen.<sup>37</sup>

Am Tag des Einmarsches der Wehrmacht in Österreich hatten die lokalen Behörden die Weisung erhalten, nicht gegen sudetendeutsche Freudenkundgebungen vorzugehen, falls diese nicht in staatsfeindliche Demonstrationen ausarteten. Dagegen hatten sie die Kommunisten gewarnt, auf ihren Veranstaltungen zu den Ereignissen in Österreich Stellung zu nehmen. Auf keinen Fall dürften sie Deutschland und seine Repräsentanten angreifen.<sup>38</sup> Die Regierung versuchte, die loyalen Bürger des Landes mit Hinweisen auf ausgewählte Erklärungen der Westmächte zu beruhigen.<sup>39</sup> Juden begannen jedoch sofort nach dem Anschluss, sowohl ihre Familien ins Landesinnere zu schicken als auch ihre Firmen dorthin zu verlegen. Aus gutem Grund, denn schon im Mai drohte ein SdP-Abgeordneter vor 3.000

<sup>31</sup> Vgl. Präsidium der Landesbehörde in Prag an Präsidium des Innenministeriums vom 9. September 1938. NA, 225 (Prezidium Ministerstva vnitra [Präsidium des Innenministeriums])-1307-4, 51-53.

<sup>32</sup> Vgl. Bezirksbehörde St. Joachimstal an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 14. März 1938. NA, 207-795-9, 219.

<sup>33</sup> Vgl. Staatspolizeibehörde in Marienbad an Präsidium der Landesbehörde in Prag v. 29.3.1938. NA, 207-7212, 17.

<sup>34</sup> Vgl. Bezirksgendarmerie-Kommando Dauba an Bezirksamt Dauba vom 31. März 1938. NA, 207-721-2, 31f. – Polizeipräsidium in Reichenberg (Dr. Benda) an Präsidium des Innenministeriums vom 24. März 1938. NA, 225-1238-2, 56-58.

<sup>35</sup> Vgl. Schwarzenbeck (1979: 199-201).

<sup>36</sup> SdP/Hauptamt für Propaganda (Sandner): Rednerweisung R-2/38 vom 24. März 1938. NA, SdP, krab. 6.

<sup>37</sup> Vgl. Cihlár (2000: 77).

<sup>38</sup> Vgl. Fonogramm des Innenministeriums an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 12. März 1938. NA, 207-798-1, 100.

<sup>39</sup> Vgl. z. B. Zentralaussschuss der Nordböhmisches Nationaleinheit an Innenminister Černý vom 27. April 1938. NA, 225-1256-5, 94f.

Troppauern: „Die Verbrüderung mit den Tschechen wird für die Juden noch Folgen haben.“<sup>40</sup> Zwischen März und September 1938 verlegten dann insgesamt 170 jüdische und tschechische Firmen ihren Sitz ins tschechische Landesinnere.<sup>41</sup> In der Flüsterpropaganda wurde verbreitet, dass nach dem erwarteten Anschluss der Sudetengebiete an Deutschland „Tschechen, Juden und Rote raus“ müssten sowie ihr Eigentum konfisziert und an verdiente Parteigenossen verteilt werde.<sup>42</sup> In diesem Sinn interpretierte die deutsche Bevölkerung auch die Forderung der SdP nach „Wiedergutmachung des seit 1918 begangenen Unrechts“, meldete die Staatspolizei aus Saaz.<sup>43</sup> Nicht nur in Iglau und Reichenberg organisierte die SdP den Boykott tschechischer und jüdischer Geschäfte, während z. B. in Troppau Tschechen deutschen Gewerbetreibenden, die die SdP-Fahne gehisst hatten, ankündigten, dass sie in Zukunft andernorts einkaufen bzw. bestellen würden. Wer beim Absingen deutschnationaler Lieder in Kaffeehäusern nicht aufstand, wurde mit Rufen „Juden und Tschechen raus“ beschimpft.<sup>44</sup> In den Grenzgebieten lebende Tschechen litten unter direkten oder indirekten Invektiven vonseiten der Deutschen, schrieb unter anderem die Staatspolizei Freiwaldau:

Sie werden demonstrativ mit der erhobenen Rechten und Heil oder Heil-Hitler begrüßt. Gesellschaftlich werden sie ignoriert. Man gibt ihnen zu verstehen, dass sie auf deutschen Festen nicht gern gesehen sind. In Gastwirtschaften werden bewusst Konflikte herbeigeführt. In den Läden werden sie unfreundlich behandelt. Auch die Polizei und Gendarmerie sind von den hiesigen Verhältnissen und der Taktik deprimiert und verlieren ihr Selbstvertrauen.<sup>45</sup>

Der SdP gelang es nach dem Anschluss Österreichs, ihre Mitgliederzahl auf das Zweieinhalbfache, nämlich auf 1.350.000, zu erhöhen. Mittel dazu waren die Mobilisierung zu Kundgebungen besonders Ende März und am 1. Mai, an denen auch in Kleinstädten Zehntausende teilnahmen, sowie Drohungen und wirtschaftlicher Druck gegen Nichtmitglieder: Nach dem 31. Mai werde die Partei keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen. Zumindest in Böhmisches Krumau, Warnsdorf und Dauba, wahrscheinlich jedoch überall, gingen Werber der SdP von Wohnung zu Wohnung und fragten alle Wohnungseigentümer sowie Mieter ohne Unterschied, ob sie jetzt der Partei beitreten wollten. Wenn sich ein Befragter unentschlossen zeigte, wiesen sie auf die Verhältnisse in Österreich, also die Repressionen gegen NS-Gegner nach dem Anschluss, hin. Außerdem bemerkten sie, dass auch für die Sudetendeutschen „der Tag komme“. Durch diese systematischen Hausbesuche verschaffte sich die SdP zugleich ein Verzeichnis jener Deutschen, die den Beitritt ablehnten. Druck machte die SdP durch Erklärungen, dass sie die Sozialdemokraten, weil sie die Verschmelzung mit der SdP abgelehnt hätten, nicht mehr als Deutsche betrachte. Zudem riefen Gerüchte über einen bevorstehenden bewaffneten Aufstand, eine geheime Bewaffnung von SdP-Mitgliedern und ein Eingreifen Deutschlands Schrecken, Unsicherheit und Schwanken auch in den Reihen der Sozialdemokraten und Kommunisten hervor.

<sup>40</sup> Bericht der Polizeidirektion Troppau (mit Anschreiben an Landesbehörde in Brünn vom 11. Juni 1938). NA, 225-1304-1, 36f.

<sup>41</sup> Vgl. Boyer (2002: 7).

<sup>42</sup> Vgl. Nebenstelle der Staatspolizei in Hostau an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 6. April 1938. NA, 207-721-1, 96. – Polizeidirektion in Gablonz an der Neiße an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 7. April 1938. NA, 207-720-23-3, 58

<sup>43</sup> Vgl. Staatspolizeibehörde in Saaz an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 25. April 1938. NA, 207-721-1, 37.

<sup>44</sup> Vgl. Ingenieur Jaroslav Müller (Saaz) an „Generaldirektor“ vom 17. Mai 1938. NA, 225-1256-6, 107.

<sup>45</sup> Staatspolizeibehörde Freiwaldau an Landesbehörde in Brünn vom 9. Mai 1938. NA, 225-1099-25, 11-13.

Diese Propaganda hatte zur Folge, dass zum Teil auch deren Mitglieder und nicht nur bisher neutrale Personen der SdP beitraten, um gemäß den Warnungen der Henlein-Partei „nicht zu spät zu kommen“.<sup>46</sup> Bisherige Sozialdemokraten und Kommunisten erklärten ihren jeweiligen Parteivorständen, dass sie nur in die SdP einträten, um ihre Familien zu schützen.<sup>47</sup>

Im März vollzogen in Reichenberg auch der bekannte Textilfabrikant Theodor Liebig und der Besitzer der Druckerei Stiepel mitsamt der ganzen Familie den Beitritt. Dem Beispiel ihrer Chefs folgten die Arbeiter und Angestellten beider Firmen. Den Zeitpunkt, auf den Zug aufzuspringen, hielten auch alle Beamten der Handels- und Gewerbekammer in Reichenberg, die Angestellten der Versicherung „Union“ sowie die Mehrheit der städtischen Beamten und Angestellten für gekommen.<sup>48</sup> Dem Wahlergebnis passte sich auch der „Hauptverband der Deutschen Industrie“ an. An dessen Spitze trat am 2. Juni das SdP-Mitglied Liebig, der seinen Verband auf die „Volksgemeinschaft“ verpflichtete und von einer „echten Werkgemeinschaft“ der Unternehmer mit den „Gefolgschaften“ sprach.<sup>49</sup> Deutsche Unternehmer gestatteten der SdP Werbung innerhalb des Betriebs und übten Druck auf jene Arbeiter, die in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie organisiert waren, sowie auf deren Funktionäre aus.<sup>50</sup> In vielen Betrieben wurden nur noch Personen eingestellt, die einen Mitgliedsausweis der SdP vorweisen konnten. Musste ein Betrieb Mitarbeiter entlassen, wurden SdP-Mitglieder geschont. Mitglieder anderer Parteien waren den „unterschiedlichsten Terrorformen“ ausgesetzt. Sofern sudetendeutsche Sozialdemokraten und Kommunisten jenseits der Grenze in Deutschland arbeiteten, sagte man ihnen, dass sie als staatlich unzuverlässige Personen nicht mehr beschäftigt bzw. entlassen würden. Die SdP wies ihre Mitglieder an, keine Gastwirtschaften von Nichtmitgliedern zu besuchen und nicht beim sozialdemokratischen Konsumverband „Vorwärts“ oder bei Nichtmitgliedern einzukaufen. Dadurch zwang die Partei auch die deutschen Gewerbetreibenden, sich bei ihr zu organisieren.<sup>51</sup> Vor Geschäften, deren Inhaber Juden waren oder die sich nicht der SdP angeschlossen hatten, wurden oft Wachen postiert, die mit Fotoapparaten ausgerüstet waren.<sup>52</sup> Mieter wurden durch die Drohung mit Kündigung in die SdP getrieben.<sup>53</sup> Wer sich nicht bis Ende April der SdP anschließe, der werde nach dem Anschluss der Sudetengebiete enteignet und sein Eigentum unter den ärmeren SdP-Mitgliedern verteilt, verbreitete die SdP. Auf Vorwürfe wegen des Eintritts in die SdP antwortete ein Deutscher: „Was soll ich denn machen, wenn ich überall höre, dass die Tschechen

<sup>46</sup> Staatspolizeibehörde in Böhmisches-Krumau an Präsidium des Innenministeriums vom 19. März 1938. NA, 225-1238-1, 29-31. – Präsidium der Landesbehörde in Prag an Präsidium des Innenministeriums vom 30. Mai 1930. NA, 225-1224-5, 86f. – Gendarmerie-Kommando des Bezirks Dauba an Bezirksbehörde Dauba vom 31. März 1938. NA, 207-721-2, 31f.

<sup>47</sup> Vgl. Provisorische Gendarmeriestation Schwaderbach an Bezirksamt Graslitz vom 4. April 1938. NA, 207-721-1, 89.

<sup>48</sup> Vgl. Polizeidirektion (Benda) Reichenberg an Präsidium des Innenministeriums in Prag vom 24. März 1938. NA, 225-1238-2, 56-58.

<sup>49</sup> Vgl. Boyer (2002: 9).

<sup>50</sup> Vgl. Bericht über den Terror in der Textilindustrie (mit Vermerk KPR vom 10. Juni 1938). AKPR, inv. č. 2178.

<sup>51</sup> Vgl. Nebenstelle der Staatspolizei in Hostau an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 6. April 1938. NA, 207-721-1, 96. – Bezirksbehörde Plan an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 21. April 1938. NA, 207-721-1, 43. – Zentralaussschuss der Nordböhmisches Nationalereinheit an Innenminister Černý vom 27. April 1938. NA, 225-1256-5, 94f.

<sup>52</sup> Vgl. Henderson (1939: 91).

<sup>53</sup> Vgl. Bericht über den Terror in der Textilindustrie (mit Vermerk KPR vom 10. Juni 1938). AKPR, inv. č. 2178.

von drei Seiten angegriffen und aus ihnen Powidel [Pflaumenmuß, Anm. d. Verf.] gemacht würden?<sup>54</sup> Ein Reisender berichtete der Präsidentenkanzlei über seine Eindrücke: „Das im wesentlichen aus dem Reich übernommene System von Hauswart, Blockwart und Ortswart garantiert eine detaillierte Überwachung und Berichterstattung, die sich auf Umgang, Verkehr, Zeitungslektüre usw. jedes einzelnen erstreckt.“ Je kleiner der Ort, umso weniger könne sich der Einzelne der Überwachung entziehen.<sup>55</sup> Der „Freiwillige Schutzdienst“, dessen Aufstellung die Regierung am 20. April zugelassen hatte und der seine Mitglieder vor allem aus dem Deutschen Turnverband rekrutierte, schützte die Veranstaltungen der SdP und terrorisierte die politischen Gegner. Wie ihr reichsdeutsches Vorbild residierte die SdP z. B. in Karlsbad und Fischern in entsprechend angestrichenen „Braunen Häusern“.<sup>56</sup>

SdP-Mitglieder wurden nach den Straßen, in denen sie wohnten, in „Nachbarschaften“, diese wiederum zu „Kameradschaften“ zusammengefasst. Vor geplanten Kundgebungen war jeder so genannte „Nachbarschaftsleiter“ der SdP verpflichtet, persönlich jede Familie aufzusuchen und zur Teilnahme aufzufordern. Dadurch fiel auf, wer sich verweigerte. Personen, die sich nicht am Standort ihrer Straße zur Demonstration einfanden, wurden festgestellt, und Säumige noch aus den Wohnungen geholt, berichtete die KP-Ortsgruppe in Asch. Die „Nachbarschaften“ begaben sich zum Sammelplatz der „Kameradschaften“, diese wiederum zum Treffpunkt des „Sprengels“, und von dort wurden sie zum Ort der Kundgebung geführt. Vergleicht man die Zahl der Demonstranten mit der der Einwohner in den einzelnen Städten, entsteht der Eindruck, dass vielfach die gesamte Bevölkerung hinter den SdP-Fahnen zur Kundgebung marschierte.<sup>57</sup> Die Teilnehmer kostümierten sich mit dunkelblauen Mützen, so genannter „Tiroler Tracht“ und weißen Kniestrümpfen, schwenkten die deutsche Trikolore, streckten die Rechte zum „deutschen Gruß“ aus und riefen „Sieg Heil“, „ein Volk, ein Reich, ein Führer“, oft auch „Heil Hitler“. Viele Jugendliche zogen sich Reithosen, hohe Stiefel und schwarze Hemden an.<sup>58</sup> In Tachau und anderen Orten, meldete der Gebietssekretär der DSAP, duldeten deutsche Lehrer nicht nur NS-Propaganda in den Klassen, sondern traten selbst offen für das NS-Regime ein.<sup>59</sup> Die Schulkinder grüßten beim Betreten des Klassenzimmers mit „Heil“, außerhalb der Schule zusätzlich mit erhobem Arm.<sup>60</sup> Die Prager Deutsche Universität könne

heute schon nahezu als nationalsozialistische Institution bezeichnet werden, weil nicht nur die Studenten, sondern auch die Professoren offen nationalsozialistische Propaganda treiben. Viele Professoren eröffnen die Vorlesungen mit dem Hitler-Gruß, unter den Studenten ist er – bis

<sup>54</sup> Polizeidirektion Pilsen/Nachrichtenstelle an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 27. April 1938. NA, 207-721-1, 17f.

<sup>55</sup> Vgl. Bericht Heimann über seine Reise vom 16.-20. Mai 1938. AÚTGM, EB I, R 133/6.

<sup>56</sup> Vgl. Präsidium der Landesbehörde in Prag an Präsidium des Innenministeriums vom 27. Juli und Antwort vom 29. August 1938. NA, 225-1257-3, 31f. und 16f.

<sup>57</sup> Vgl. Weisung der SdP/Hauptamt für Propaganda B-3/38 vom 31. März 1938 und B-4/38 vom 6. April 1938. NA, SdP, krab. 6.

<sup>58</sup> Vgl. z. B. Vermerk des Innenministeriums über Meldungen aus Brünn vom 20. Mai 1938. NA, 225-1256-5, 53-60.

<sup>59</sup> Vgl. Bericht Gebietssekretär Tachau vom 21. April 1938 (mit Anschreiben Taub an Beneš vom 23./25. April 1938), Information [Sobota] mit Berichten Taubs an Beneš vom 12.-19., 20.-27. Juni 1938. AKPR, inv. č. 2178.

<sup>60</sup> Vgl. Bericht eines DSAP-Funktionärs aus Podersam vom 5. Mai 1938. AKPR, sign. D 13444/38/G – S. Taub.

auf kleine demokratische, sozialistische und jüdische Minderheiten – geradezu obligatorisch. In einigen Hörsälen wurden de facto Judenbänke eingeführt,

stellte eine Denkschrift der DSAP vom 2. Juni fest. Genosse Ernst Paul hatte berichtet, dass die linke Seite der Hörsäle für die jüdischen Studierenden bestimmt sei. „Setzt sich ein Arier dorthin, so sagt man ihm: Herr Kollege, hier sitzen nur Juden. Wagt es ein Jude, sich auf die rechte Seite zu setzen, so gehen die Studenten sofort auf die andere Seite.“<sup>61</sup>

Im Allgemeinen waren die staatsstreuen Deutschen eingeschüchtert und trauten sich nicht, Gesetzesverstöße von SdP-Mitgliedern anzuzeigen.<sup>62</sup> Organisierten Widerstand leisteten nur die deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten sowie die tschechischen Grenzlerverbände. Wie sich bei den Kundgebungen zum 1. Mai zeigte, waren diese jedoch in der Minderheit. Die SdP brachte z. B. in Nikolsburg 8.550,<sup>63</sup> die deutsche Linke zusammen mit den Tschechen dagegen nur 2.000 Personen auf die Beine.<sup>64</sup>

## Die Kommunalwahlen und die Folgen

Während die deutschen Wähler bei den Parlamentswahlen des Jahres 1935 zu zwei Dritteln für eine SdP gestimmt hatten, die sich zum Christentum und zur parlamentarischen Demokratie bekannte und offiziell den Nationalsozialismus ablehnte, trat zu den Kommunalwahlen im Mai 1938 eine SdP an, die sich offen zu Hitler und zum Nationalsozialismus bekannte. Hitler hatte am 28. März Henlein und Frank informiert, dass er „das tschechoslowakische Problem in nicht allzu langer Zeit lösen“ wolle. Die SdP solle deshalb stets Forderungen formulieren, die für die tschechoslowakische Regierung unannehmbar seien. Henlein solle „ein Maximalprogramm aufstellen, das als letztes Ziel den Sudetendeutschen die volle Freiheit gewähre“, informierte Außenminister Ribbentrop seinen Gesandten in Prag. Im Moment aber solle der SdP-Führer seine Landsleute im Zaum halten und „Unvorsichtigkeiten vermeiden“.<sup>65</sup>

Schon zu Hitlers Geburtstag am 20. April hatten SdP-Mitglieder z. B. in Eger ebenso viele Hakenkreuz- wie Staatsfahnen herausgehängt.<sup>66</sup> Vier Tage darauf verkündete Henlein das Programm der SdP, zu dem das Recht der „vollen Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung“ gehörte.<sup>67</sup> Zwei Tage zuvor hatte die Regierung beschlossen, am 22. und 29. Mai sowie am 12. Juni Kommunalwahlen abzuhalten. Der Wahlkampf sei auf folgender Linie zu führen: „Hier deutsch – dort nicht-deutsch! Hier Einheit – dort Separatismus!“ Diese Parole gab das Hauptamt für Propaganda der SdP aus. Wer nicht die „deutsche nationalsozialistische Weltanschauung“ vertrete,

<sup>61</sup> DSAP „Denkschrift über den Ausnahmezustand im sudetendeutschen Gebiet“ (mit Anschreiben Taub an Sobotka vom 9. Juni 1938 und Protokoll der Konferenz der Vertrauensleute der DSAP vom 2. Juni 1938). AKPR, inv. č. 2178.

<sup>62</sup> Vgl. Staatspolizeibehörde Jägerndorf an Landesbehörde in Brünn vom 11. Mai 1938. NA, 225-1099-25, 14f.

<sup>63</sup> Vgl. *Die Zeit* vom 3. Mai 1938. NA, 225-1307-20, 47f.

<sup>64</sup> Vgl. Staatspolizeibehörde Nikolsburg an Landesbehörde in Brünn vom 9. Mai 1938. NA, 225-1099-25, 22f.

<sup>65</sup> Vgl. Vortragsnotiz über Besprechung zwischen Hitler, Henlein und Frank am 28., Ribbentrop an Eisenlohr vom 29. März 1938. ADAP, D 2, Nr. 107, 109.

<sup>66</sup> Vgl. Präsidium der Landesbehörde in Prag an Präsidium des Innenministeriums vom 1. Juli 1938. NA, 225-1256-6, 26f.

<sup>67</sup> *Die Zeit* vom 26. April 1938.

habe „aufgehört, ein Deutscher zu sein“, sagte ein SdP-Kreisleiter; die Sudetendeutschen müssten „die Marxisten ausrotten und vernichten“.<sup>68</sup>

Unter dem wirtschaftlichen Druck und den Drohungen der SdP sei eine freie Wahl nicht möglich, erklärten die Kommunisten und die deutschen Sozialdemokraten.<sup>69</sup> Insgesamt wurden in 2.919 deutschen Gemeinden Wahlen ausgeschrieben. In vielen Orten, in denen die deutschen Sozialdemokraten eine eigene Liste aufstellen wollten oder aufstellten, erreichte die SdP, dass sie nicht vorgelegt oder zurückgezogen wurde, indem sie die Unterstützer der jeweiligen Liste unter Druck setzte, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Dadurch wurde die notwendige Mindestzahl von Unterstützern nicht erreicht. Listen platzten, weil sudetendeutschen Arbeitern im Reich der Verlust der Stelle angedroht worden war, falls ihre Angehörigen für die Sozialdemokratie kandidierten. Dieser Terror bewirkte, dass in 45 Prozent der sudetendeutschen Gemeinden nur die SdP kandidierte, der Wahlkampf entfiel und die SdP-Liste als gewählt galt. Für diese Orte gab die Partei die Weisung, am Vorabend der „Wahl“ eine feierliche Kundgebung zu veranstalten, bei der die künftigen Mandatsträger der Partei „zu Einsatz, Treue und Selbstlosigkeit“ verpflichtet werden sollten. Gemäß dem versandten Manuskript sollten die Redner die Ausrottung der „Parteienwirtschaft“ feiern. Von nun an werde in den Gemeinden nach jenen Richtlinien amtiert, „die aus dem Wesen unserer nationalsozialistischen Weltanschauung erfließen“.<sup>70</sup>

Am Nachmittag des 20. Mai erhielt das Prager Kabinett Nachrichten eines deutschen Spions sowie ihres Berliner Militärattachés, dass sich deutsche Truppen in Richtung der Grenzen der Tschechoslowakei bewegten. Gleichzeitig brach die SdP plötzlich die Verhandlungen mit der Regierung mit der Begründung ab, dass erst wieder die Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit in den Sudetengebieten wiederhergestellt werden müssten.<sup>71</sup> Daraufhin beschloss die Regierung, einen Jahrgang von Rekruten und fünf Jahrgänge technischer Spezialisten einzuberufen. Es gehe darum, den ungenügenden Präsenzstand der Armee zu erhöhen, die Reservisten an neu eingetroffenen Waffen auszubilden und wegen der „wachsenden Unruhe und den sich wiederholenden Zwischenfällen Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Staates“ zu gewährleisten.<sup>72</sup> Die Reaktion der tschechischen Bevölkerung auf diesen Schritt war „sehr günstig, selbstbewusst und kämpferisch“, während die Deutschen offensichtlich überrascht wurden, meldete die Staatspolizei aus vielen Orten. Sie seien nicht mehr so keck wie früher, sondern eher niedergeschlagen, schweigsam und unsicher. Die weißen Strümpfe und Abzeichen seien ebenso verschwunden wie der Hitler-Gruß.<sup>73</sup> Die SdP hatte offenbar ihre Untergliederungen angewiesen, jegliche Provokation zu vermeiden. Ihre „Ordner“ verschwanden aus dem Straßenbild. Wie die Polizei meldete, hatte die Mobilmachung auf die Deutschen tiefen Eindruck gemacht und „stellenweise Bestürzung, Nervosität und Angst“ geweckt. Es seien schon „Stimmen laut geworden, dass die Bevölkerung keinen Krieg wünsche“, besonders unter jenen, die

<sup>68</sup> Staatspolizeibehörde in Neu-Titschein an Landesbehörde in Brünn vom 12. und 21. Mai 1938. NA, 225-1304-2, 16f. u. 225-1304-1, 26-29.

<sup>69</sup> Vgl. KP und DSAP in Weipert an Innenministerium vom 15. Mai 1938. NA, 225-1256-6, 123f.

<sup>70</sup> Sonderweisung des SdP/Hauptamts für Propaganda vom 20. Mai 1938. NA, SdP, krab. 6.

<sup>71</sup> Vgl. Toussaint und Eisenlohr an AA und Kriegsministerium vom 21. Mai 1938. ADAP, D 2, Nr. 182.

<sup>72</sup> Vgl. Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Ministerrats am 20. Mai 1938. NA, PRM (= Prezidium Rady Ministrů [Präsidium des Ministerrats]) 4390.

<sup>73</sup> Vgl. Zusammenfassender Bericht über die Durchführung der Bereitschaft der Staatsverteidigungswache am 20. Mai 1938. AÚTGM, EB R 259.



über Grundbesitz verfügten.<sup>74</sup> Die Mobilisierung ermutigte die deutschen Sozialdemokraten: „Die Kampfbereitschaft des tschechoslowakischen Staates hat Hitler wie auch Henlein überrast“, sagte der DSAP-Abgeordnete Rudolf Heger triumphierend.<sup>75</sup> Nach der Kritik des westlichen Auslands an der Mobilisierung und nach dem Wahlsieg der SdP am 22. Mai nahm der Radikalismus besonders der sudetendeutschen Jugendlichen allerdings wieder zu.<sup>76</sup>

An den Wahltagen schwammen die Straßen der Innenstädte in einem Meer von SdP-Fahnen und Girlanden. Von 21 bis 22 Uhr des Vorabends an beleuchteten die SdP-Anhänger ihre Wohnungen mit Kerzen und Lampions und stellten Henlein-Porträts oder Transparente ins Fenster. Die Hohenfurther Staatspolizei meldete, dass auch die Ärmsten der Armen der Weisung gefolgt seien, ihre Fenster zu beleuchten.<sup>77</sup> Nach Berechnungen der SdP wurden insgesamt 1.279.045 deutsche Stimmen abgegeben. Von diesen entfielen 1.161.726 auf die SdP, die damit 91,43 Prozent der Stimmen erhielt.<sup>78</sup> Wahrscheinlich hatte die Partei die Stimmen für die SdP und die DSAP zusammengezählt und dann den Prozentsatz errechnet. Selbst wenn dabei deutsche Stimmen für die Kommunisten nicht berücksichtigt worden waren, war dies ein niederschmetterndes Ergebnis für die Gegner der SdP. Deren Anhänger feierten ihren Sieg mit einer erneuten festlichen Beleuchtung ihrer Häuser und Henlein-Porträts in den Schaufenstern. Zumindest in Warnsdorf notierte eine Sonderkommission der SdP, wer sein Haus nicht geschmückt und seine Fenster nicht beleuchtet hatte.<sup>79</sup> Die SdP-Führung bezeichnete das Ergebnis der Gemeindewahlen als ein „glühendes Bekenntnis für [sic] Heimat und Scholle, zum Einheitsgedanken und für Konrad Henlein“ sowie als „Bekenntnis zum Nationalsozialismus“.<sup>80</sup> Nach den Gemeindewahlen im Mai stellte dagegen die DSAP fest: „Besinnungsloser Taumel und maßlose Einschüchterung: Das sind nicht die Elemente eines demokratischen Wahlganges, und deshalb darf der Maßstab demokratischer Wahlen an die derzeitigen Gemeindewahlen nicht angelegt werden.“<sup>81</sup>

<sup>74</sup> Vgl. Polizeidirektion Böhmisches Leipa an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 27. Mai 1938. NA, 207-721-23-3, 94f. – Präsidium der Polizeidirektion Pilsen/Nachrichtenabteilung an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 7. Juni 1938. NA, 207-719-2, 105f.

<sup>75</sup> Vgl. Bericht über Wahlversammlung der DSAP in Petrovice, Bezirk Wiesenberg am 27. Mai 1938. NA, 225-1016-3, 143.

<sup>76</sup> Vgl. Staatspolizei-Nebenstelle Deutsch Gabel an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 2. Juni 1938. NA, 207-719-2, 98f. – Staatspolizei-Nebenstelle Warnsdorf an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 26. Mai 1938. NA, 225-1099-25, 43-46.

<sup>77</sup> Vgl. Staatspolizei-Nebenstelle Hohenfurth an Präsidium des Innenministeriums vom 14. Juni 1938. NA, 225-1304-1, 122f. – Landesbehörde in Brünn an Präsidium des Innenministeriums vom 25. Juni 1938. NA, 225-1304-1, 49f.

<sup>78</sup> Vgl. SdP/Amt für politische Propaganda „Politischer Lagebericht August 1938“ [vom 2. August 1938]. NA, SdP, krab. 5 bzw. SdP II krab. 35.

<sup>79</sup> Vgl. Staatspolizeibehörde Leitmeritz an Präsidium des Innenministeriums vom 13. Juni 1938. NA, 225-1302-4, 185f. – Staatspolizei-Nebenstelle Warnsdorf an Präsidium des Innenministeriums vom 13. Juni 1938. NA, 225-1302-4, 181a-183.

<sup>80</sup> SdP/Amt für politische Propaganda „Politischer Lagebericht August 1938“ [vom 2. August 1938]. NA, SdP, krab. 5 bzw. SdP II krab. 35.

<sup>81</sup> DSAP „Denkschrift über den Ausnahmezustand im sudetendeutschen Gebiet“ (mit Anschreiben Taub an Sobota vom 9. Juni 1938). AKPR, inv. č. 2178.

## Nach den Kommunalwahlen

In vielen Gegenden sieht es so aus, als ob wir nicht in der ČSR lebten, sondern im Dritten Reich, das Recht wird vergewaltigt, in den Betrieben regiert der Terror, mit Lügen wird gekämpft, Arbeiter werden angegriffen, in den Turnhallen wird „Sieg Heil“ gerufen ebenso wie auf den Straßen, wo sich alle Welt faschistisch grüßt. Der Denkapparat ist bei den Leuten abgeschaltet, dafür trägt man hohe Stiefel. Geschrien wird über die Unterdrückung der Deutschen bei uns, während wir jedoch mehr Freiheit haben als die Deutschen selbst im Dritten Reich. Auch die Christlich-Sozialen erlagen dieser Angst, obwohl in Deutschland Kirchenkampf herrscht, Priester in die Konzentrationslager geschickt werden, Klöster aufgelöst werden und ihr Eigentum konfisziert wird.<sup>82</sup>

Dies sagte der Parlamentsabgeordnete Rudolf Heger auf einer DSAP-Versammlung am 29. Juli. Die deutschen Sozialdemokraten gaben ihren Widerstand „gegen Hitler und Henlein“ dennoch nicht auf. Jaksch war als Redner ständig im Einsatz. In Karlsbad trat er im Juli zusammen mit Hubert Ripka, Redakteur der *Lidové Noviny* (Volkszeitung) vor etwa 3.000 Zuhörern auf. Die deutschen und tschechischen Demokraten verteidigten gemeinsam die Freiheit, führte Ripka aus: „Wenn ich Euren Mut sehe, schäme ich mich beinahe, dass ein solcher Mut oft nicht dort vorhanden ist, wo unsere Leute nicht einem solchen politischen Druck ausgesetzt sind wie Ihr.“ Jaksch bekannte sich zur Verteidigung der Republik und sprach sich für die Verständigung mit den Tschechen und für die Annahme des damals von der Regierung vorgeschlagenen „Nationalitätenstatuts“ aus. Die Sozialdemokraten wollten „verhindern, dass alles von den hohen Stiefeln der SA zertreten wird“.<sup>83</sup> Vergeblich forderten der deutsche und der tschechoslowakische Gewerkschaftsbund sowie die DSAP Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur und umfangreiche Hilfe für die Grenzgebiete, die ja besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen waren.<sup>84</sup>

Die deutschen Sozialdemokraten und die Kommunisten bemühten sich auch um Präsenz auf den Straßen. Nach Angaben der Kommunisten beteiligten sich z. B. 3.000 Menschen an der feierlichen Prozession durch Mariaschein (Gerichtsbezirk Karbitz) zum Hus-Gedenktag (4. Juli), 3.000 Personen am gemeinsamen Fest der sozialdemokratischen und kommunistischen Sportverbände in Karbitz (31. Juli), 12.000 an antifaschistischen Kundgebungen am „Tag der Freiheit“ in Aussig (7. August), 3.000 am „Tag der Einheit“ in Mariaschein (27. August), 3.000 an einer antifaschistischen Versammlung der Jugend (4. September) in Türmitz (Gerichtsbezirk Aussig)<sup>85</sup> sowie wiederum 5.000 an einer ebenfalls antifaschistischen Kundgebung in Landskron.<sup>86</sup>

Am 28. Mai erklärte ein SdP-Vertreter zwei Mitarbeitern der britischen Gesandtschaft, eine „Selbsttäuschung“ sei die Annahme, dass seit dem 20. Mai in den sudetendeutschen Gebieten die Ruhe wieder eingekehrt sei. Zwischen dem tschechischen Kernland und der sudetendeutschen Provinz sei heute „ein eiserner Vorhang gezogen“.<sup>87</sup> Die folgenden Verhandlungen zwischen der Regierung und der SdP wurden unter zunehmend größerem

<sup>82</sup> Landesbehörde in Brünn an Präsidium des Innenministeriums vom 2. August 1938 mit Bericht über DSAP-Versammlung in Vítkov vom 29. Juli 1938. NA, 225-1016-3, 134-138.

<sup>83</sup> Polizeidirektion Karlsbad an Präsidium der Landesbehörde vom 22. Juli 1938. NA, 225-1016-3, 140f.

<sup>84</sup> Vgl. z. B. Tschechoslowakischer Gewerkschaftsbund (Rud. Tayerle u. a.) an Innenminister Černý vom 2. Juni 1938. NA, 225-1256-6, 65-68.

<sup>85</sup> Vgl. Bouček und Cvrk (1982: 369, 374f.).

<sup>86</sup> Vgl. Cihlář (2000: 86).

<sup>87</sup> „Gedächtnisprotokoll über meine [Kundt?, Anm. d. Verf.] Verhandlungen bei der Englischen Gesandtschaft Prag“ [nach 30. Mai 1938]. AÚTGM, EB 259.

Druck Großbritanniens und Frankreichs geführt. Auf der einen Seite machte die tschechoslowakische Regierung immer weiter gehende Zugeständnisse, und zwar neben einem neuen Sprachengesetz ein verbessertes Nationalitätenstatut (später „1. Plan“ genannt) und die Einrichtung nationaler Kurien bei den Landtagen und Stärkung der Kompetenzen der Bezirke („2. Plan“). Auf der anderen Seite hatte Hitler, wie erwähnt, die SdP darauf festgelegt, stets unerfüllbare Forderungen zu stellen. Die britische Regierung entsandte Anfang August Lord Runciman mit dem Auftrag nach Prag, die Regierung zu noch weiter gehenden Konzessionen zu treiben. Beneš legte unter massivem britischem Druck den „3. Plan“ (drei deutsche Kantone) und schließlich am 7. September sogar einen „4. Plan“ (Zusammenschluss der drei deutschen Kantone zu einem Bundesland mit etwa zwei Millionen Menschen) gemeinsam mit einer ganzen Reihe weiterer Zugeständnisse vor. Die Konzessionen des „4. Plans“ konnte die SdP kaum noch ablehnen, ohne ihre und Hitlers eigentlichen Ziele zu offenbaren. Am 26. August hatte Hitler jedoch Frank „die Herbeiführung von Zwischenfällen in der CSR“ befohlen.<sup>88</sup> Die SdP nutzte einen Zusammenstoß mit der Polizei in Mährisch Ostrau am 7. September, um die Verhandlungen mit der Regierung abzubrechen. Seit dem 9. September marschierten SdP-Kolonnen durch die Straßen der Städte und Dörfer, sangen „Deutschland, Deutschland über alles“, das Horst-Wessel-Lied und „SA marschiert“, skandierten Parolen wie „Wir wollen Volksabstimmung“ oder „Juden verrecken“, griffen deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten sowie örtliche Tschechen an und schlugen sie zusammen, wenn sie in der Überzahl waren, beschmiereten deren Einrichtungen wie Volkshäuser, Konsumläden und Schulen und provozierten systematisch die Staatspolizei und die Gendarmerie.<sup>89</sup>

Am Abend des 12. September behauptete Hitler auf dem Nürnberger Parteitag, dass die Deutschen in der Tschechoslowakei „planmäßig ausgerottet“ würden, und erklärte, dass sie auf reichsdeutsche Hilfe rechnen könnten. Die SdP hatte die Bevölkerung anscheinend schon seit dem 1. September auf die Bedeutung dieser Rede eingestimmt, das gemeinsame Hören der Rede organisiert und die Mitglieder des „Freiwilligen Schutzdienstes“ auf ihre Aufgaben als Ordner, Wachposten, Kuriere und Provokateure vorbereitet.<sup>90</sup> Auch in Prag wussten die Menschen, wie viel von dieser Rede abhing – um 7.30 Uhr waren auch dort die Straßen wie leer gefegt.<sup>91</sup> Kurz nachdem die SdP-Anhänger in Gastwirtschaften oder Turnhallen Hitlers Rede gelauscht hatten, strömten sie gegen 21 Uhr auf die Straßen und fanden sich zu Kundgebungen zusammen, wo sie wiederum die schon erwähnten Lieder sangen und Parolen skandierten wie „Lieber Hitler, mach uns frei von der Tschechoslowakei“, „Wir wollen Volksabstimmung“, „Sieg Heil“, „Heil Hitler“ und „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ sowie in einigen Fällen auch die Rede eines Parteifunktionärs anhörten. Die Menge marschierte – oft in geschlossenen Viererreihen – durch die Straßen, zertrümmerte die Fenster tschechischer Schulen und öffentlicher Gebäude, sozialdemokratischer „Volkshäuser“ und KP-Sekretariate sowie tschechischer und jüdischer Geschäfte und Privatwohnungen. Sie riss tschechische Schrifttafeln von öffentlichen und privaten

<sup>88</sup> Groscurth (1970: 104 – Notiz vom 27. August 1938).

<sup>89</sup> Die zahlreichen Belege können hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden, sondern werden in der geplanten Monografie genannt.

<sup>90</sup> Vgl. z. B. Bezirksbehörde in Tepl an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 13. September 1938. NA, 225-1255-3, 42. – Staatspolizeibehörde Asch an Präsidium der Landesbehörde in Prag vom 13. September 1938. NA, 225-1255-3, 39f.

<sup>91</sup> Vgl. Gedye (1939: 440).

Gebäuden, beschmierte tschechische Aufschriften und hisste Hakenkreuzfahnen. In manchen Orten nahmen die Kundgebungen den Charakter eines Aufstandes an: Bewaffnete eroberten Zollhäuser, Bahnhöfe und Postämter und schossen auf die Ordnungskräfte.<sup>92</sup> Die Karlsbader Demonstranten befanden sich in einer „mordlustigen und blutdürstigen Stimmung“, schrieb ein Vertreter der Nationalbank. Sie versuchten, einen heftig verprügelten Sozialdemokraten in den Fluss zu werfen, was ein Schutzmann nur unter Lebensgefahr verhindern konnte. Einen wehrlosen Bezirksbeamten warfen sie die Treppe hinunter.<sup>93</sup>

Die Regierung antwortete am 13. September mit der Verhängung des Standrechts über die Unruhebezirke und der Einberufung von Soldaten und der „Staatsverteidigungswache“, die vor allem aus Gendarmen, Polizisten und Zöllnern bestand. Der Reichenberger Polizeidirektor stellte fest: „Das Standrecht weckte bei den SdP-Mitgliedern unverkennbare Niedergeschlagenheit, wurde dagegen in den Kreisen demokratisch denkender Deutscher und der tschechischen Einwohnerschaft mit Befriedigung aufgenommen, als deutliche Bekundung der Autorität des Staates.“<sup>94</sup> Viele von ihnen flohen dennoch ins Landesinnere, während zahlreiche SdP-Funktionäre und -Anhänger sich im Deutschen Reich in Sicherheit brachten. Henlein verkündete am 15. September: „Wir wollen heim ins Reich!“<sup>95</sup>

Die Regierung verfügte am 16. September die Einstellung der Tätigkeit der SdP und natürlich auch des „Freiwilligen Selbstschutzes“ sowie des Deutschen Turnvereins, besetzte das Hauptquartier der Partei in Prag, konfiszierte ihre Papiere und versiegelte die Räume. Henlein und eine große Zahl von SdP-Funktionären entzogen sich der erwarteten Verhaftung durch sofortige Flucht auf Reichsgebiet. Infolge dieses Verhaltens herrsche Ratlosigkeit nicht nur unter SdP-Mitgliedern, sondern auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. Die Mitglieder des Turnvereins begannen zu erkennen, dass sie sich zu stark bei Aktionen der SdP engagiert hätten, und fürchteten die Auflösung des Verbandes, meldete die Polizeidirektion Reichenberg.<sup>96</sup> In Reichenberg machte sich Kritik an der Lügenpropaganda des deutschen Rundfunks breit. Die Bevölkerung verurteilte die von der SdP initiierten Vorfälle. Die Partei schein zu zerfallen. In Tachau hatten die Funktionäre Angst vor der Verhaftung, die Mitglieder waren verstört.

Die völlige Änderung in ihrer Haltung gegenüber den Behörden zeigt sich auch nach außen: Während man vorgestern den Bezirkshauptmann nicht einmal grüßte und ihm selbstbewusst und

<sup>92</sup> Vgl. Zusammenfassende Berichte: Landesbehörde in Brünn an Präsidium des Innenministeriums vom 15. und 16. September 1938. NA, 225-1254-7, 36. – Bericht Finanzminister („Berichte aus dem Grenzgebiet“) an Präsidium des Innenministeriums vom 13. September 1938. NA, 225-1255-1, 134-138. – Vermerk KPR für Beneš vom 19. September 1938 (Zusammenfassung der Berichte Siegfried Taubs vom 17. September 1938). AKPR, inv. č. 2178. Bericht [ohne Verfasser] an Staatsanwaltschaft Pilsen vom 13. September 1938). NA, 225-1255-1, 7-10. – Landesbehörde in Brünn an Präsidium des Innenministeriums vom 14. September 1938. NA, 225-1255-3, 47.

<sup>93</sup> Vgl. Lagebericht [unleserliche Unterschrift, Anm. d. Verf.] an die „Verwaltung des Geldumlaufs“ [Správa oběhu platidel] vom 13. September 1938. Archiv České Národní banky, fond Národní banky československé [Archiv der Tschechischen Nationalbank, Bestand Tschechoslowakische Nationalbank], Sign. P XVII-87 (K. 63/329).

<sup>94</sup> Polizeidirektion Reichenberg an Präsidium des Innenministeriums vom 16. September 1938. NA 225-1254-7, 186-191.

<sup>95</sup> Proklamation Henleins vom 15. September 1938. ADAP, D 2, Nr. 490.

<sup>96</sup> Vgl. Polizeidirektion Reichenberg an Präsidium des Innenministeriums vom 16. September 1938. NA, 225-1254-7, 186-191.

trotzig in die Augen sah, zeigt sich heute eine große Ehrerbietung, jeder zieht den Hut schon von weitem usw. Geradezu unterwürfig wenden sich die Leute an die Behörden [...].<sup>97</sup>

Am 16. September stimmte Hitler dem Vorschlag Henleins zu, aus den geflüchteten Sudetendeutschen ein „Sudetendeutsches Freikorps“ aufzustellen, das in den nächsten zwei Wochen Angriffe auf Zollstationen und Vorstöße auf tschechisches Gebiet unternahm und einige Zollhäuser und Grenzzipfel unter seine Kontrolle brachte. Doch die tschechischen Einheiten wehrten sich, unterstützt von deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten, gegen weitere Übergriffe. Nachdem die Regierung jedoch am 21. September das bekannte britisch-französische Ultimatum, alle Gebiete mit mehr als 50 Prozent deutscher Bevölkerung abzutreten, angenommen hatte, erfasste die demokratischen Deutschen und die Tschechen des Grenzgebiets Panik. „Haufenweise zieht die Bevölkerung mit ihren Sachen ins Landesinnere um“, schrieb die Staatspolizeibehörde Leitmeritz.<sup>98</sup>

Im „tschechoslowakischen Nationalstaat“ besaß die deutsche Minderheit kaum Möglichkeiten, ihre nationalen Forderungen nach territorialer Autonomie oder Gleichberechtigung der deutschen Sprache im amtlichen Verkehr durchzusetzen. Zudem sah sie ihre Positionen besonders in der öffentlichen Verwaltung durch die Aktivitäten der tschechischen Grenzlerverbände und die Personalpolitik der Regierung bedroht. Seit der Weltwirtschaftskrise litten die sudetendeutschen Industrie- und Heimarbeiter in besonderem Maße unter Arbeitslosigkeit. Von der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland und dem Zusammenschluss zu einer Sammlungsbewegung erhoffte die Mehrheit der Sudetendeutschen eine Wende zu ihren Gunsten. Im November 1937 bot Henlein die Sudetendeutsche Partei Hitler als Instrument zur Zerschlagung der Tschechoslowakei an. Nach dem Anschluss Österreichs rechnete die Mehrheit der Deutschen mit der Eingliederung auch der Sudetengebiete in das „Großdeutsche Reich“. Die bürgerlichen Parteien und Verbände liefen zur SdP über. Ein großdeutscher Taumel hatte auch sie ergriffen. Ungeachtet der „maßlosen Einschüchterung“ führten jedoch Kommunisten und deutsche Sozialdemokraten zusammen mit der tschechischen Minderheit in den deutschen Randgebieten den Kampf gegen „Hitler und Henlein“.

Trotz des Bekenntnisses der SdP zum Nationalsozialismus im April 1938 und trotz ihres überwältigenden Erfolgs bei den Kommunalwahlen im Mai/Juni 1938 verwahrte sich Beneš noch am 19. Juni gegen Kritik an den geplanten weitgehenden Zugeständnissen an die deutsche Minderheit und schrieb:

Die Verfassung wird geändert werden, das ist natürlich. Ich habe einmal Journalisten gesagt, dass wir zentralistischer sind als unter Österreich und den Deutschen eigentlich nicht einmal das geben, was wir selbst in Österreich hatten. Das Gesetz aus dem Jahre 1927 haben wir direkt gegen die Deutschen gemacht.

Als Einziger habe er Veto gegen dieses Gesetz eingelegt und es nicht unterschrieben.<sup>99</sup> Und in Berlin erläuterte der Gesandte Vojtěch Mastný, dass „keine Teil-, sondern eine Total-Lösung“ ins Auge gefasst sei. „Von einem Nationalstaat sei nicht mehr die Rede, sondern nur noch von einem Nationalitäten-Staat. Die Prozedur sei folgende: zuerst Ei-

<sup>97</sup> Innenministerium/Abt. C Nr. 1476, 1484 vom 16. September 1938. NA, PRM, krab. 3181.

<sup>98</sup> Staatspolizeibehörde Leitmeritz an Präsidium des Innenministeriums vom 23. September 1938. NA, 225-1254-6, 130.

<sup>99</sup> Vermerk Smutný vom 19. Juni 1938. ANM, EB (= Archiv Národního muzea [Archiv des Nationalmuseums], Bestand Edvard Beneš) 47. Siehe auch Kučera (1999: 172).

nigung mit den Sudetendeutschen, sodann Vorbereitung mit den Politischen Parteien und schließlich parlamentarischer Abschluss“, und zwar Mitte Juli.<sup>100</sup> Erst als die SdP-Führung im August und September auch die angebotenen Gaue bzw. ihre Vereinigung zu einem Bundesland abgelehnt hatte, erst als die Massen durch die deutschen Städte und Dörfer marschierten und als Henlein verkündete „Wir wollen heim ins Reich!“, trug Beneš dem französischen Gesandten seinen eingangs erwähnten Vorschlag einer Abtretung von Gebieten mit etwa 900.000 Deutschen vor, verbunden mit der Zwangsaussiedlung einer weiteren Million Sudetendeutscher. Es war dieser Plan, der den Ausgangspunkt für seine Vertreibungspläne im Exil bildete – und unter dem Eindruck der deutschen Besatzungspolitik schrittweise radikalisiert wurde.

## Literatur

- BENEŠ, Edvard. *Mnichovské dny* [Münchener Tage]. Prag 2003.
- BOUČEK, JAN und František CVRČEK. *Komunistická strana Československa na Ústecku 1921-1938. Regesty z archivních dokumentů a článků regionálního tisku KSČ* [Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei 1921-1938. Regesten aus Archivadokumenten und Artikeln der KPTsch-Presse]. Ústí nad Labem 1982.
- BOYER, Christoph. „Wirtschaftsinteressen und Politik in der Tschechoslowakei im Vorfeld von München“, in: Fritz TAUBERT (Hrsg.). *Mythos München*. München 2002, 1-14.
- BRANDES, Detlef. *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*. München 2005.
- CIHLÁŘ, Jiří. *Těžká leta na Orlickoústecku 1929-1939* [Schwere Jahre im Gebiet Wildenschwert]. Ústí nad Orlicí 2000.
- DOLEZEL, Stephan. „Tschechoslowakei – Nationalitätenprobleme im Kraftfeld der NS-Expansionspolitik“, in: Erhard FORNDRAN, Frank GOLCZEWSKI und Dieter RIESENBERGER (Hrsg.). *Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung*. Opladen 1977.
- GEDYE, George E. *Fallen Bastions. The Central European Tragedy*. London 1939.
- GROSCURTH, Helmuth. *Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler*. Herausgegeben von Helmut KRAUSNICK und Harold DEUTSCH unter Mitarbeit von Hildegard VON KOTZE. Stuttgart 1970.
- HENDERSON, Alexander. *Eyewitness in Czecho-Slovakia*. London 1939.
- KRACIK, Jörg. *Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920-1938*. Frankfurt am Main 1999.
- KUČERA, Jaroslav. „Češi a Němci v Československu 1918-1946. Zamyšlení nad jejich soužitím a jeho koncem“ [Tschechen und Deutsche in der Tschechoslowakei 1918-1946. Überlegungen zu ihrem Zusammenleben und dessen Ende], *Slovanské historické studie* 19 (1993), 124-147.
- KUČERA, Jaroslav. *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918-1938*. München 1999.
- KURAL, Václav. *Konflikt místo společenství. Češi a Němci v československém státě (1918-1938)* [Konflikt statt Gemeinschaft. Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen Staat (1918-1938)]. Prag 1993.
- MOULIS, Miloslav. „Henleinovci a obecní volby v roce 1938“ [Die Henlein-Leute und die Kommunalwahlen im Jahre 1938], *Historie okupovaného pohraničí 1938-1945* [Geschichte des besetzten Grenzgebiets 1938-1945] 7 (2003), 153-172.

<sup>100</sup> Aufzeichnung v. Weizsäcker vom 18. Juni 1938. ADAP, D 2, Nr. 257.

- PAVLÍČEK, Jaromír. „Národní jednota severočeská a její podíl na prosazování českých národních zájmů v národnostně smíšených oblastech (1885-1948)“ [Die Nordböhmische Nationaleinheit und ihr Anteil an der Durchsetzung nationaler tschechischer Interessen in den national gemischten Gebieten (1885-1948)], in: SLEZSKÝ ÚSTAV [Schlesisches Institut] (Hrsg.). *České národní aktivity v pohraničních oblastech první Československé republiky* [Tschechische nationale Aktivitäten in den Grenzgebieten der Ersten Tschechoslowakischen Republik]. Opava 2003, 173-194.
- SCHWARZENBECK, Engelbert. *Nationalsozialistische Pressepolitik und die Sudetenkrise*. München 1979.

